

**Änderungsantrag der Gruppe SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Die PARTEI und der Fraktion Die LINKE für die Vorlage 22/451 (Änderungsantrag zur Vorlage 22/422: Erlass der Haushaltssatzung und Festsetzung des Haushaltsplanes 2023 Lauf)**

**Antrag: Wohnungslosigkeit bekämpfen - Einstieg in Housing First**

**Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird beauftragt bis Juni 2023 ein umsetzungsfähiges Konzept und Finanzfolgen als Einstieg für Housing-First in Hildesheim zu erarbeiten und den Gremien vorzulegen.

Bei der Konzeption ist die Einhaltung der acht Grundprinzipien von Housing-First sicherzustellen.

Die Entwicklung des Konzepts wird durch den Bundesverband Housing First begleitet und unter Beteiligung Selbstvertretungen wohnungsloser und ehemals wohnungsloser Menschen, Vertreter\*innen der städtischen und der privaten sozialen Einrichtungen, Wissenschaftler\*innen der Fakultät Soziale Arbeit der HAWK, Sozialarbeiter\*innen, Vertreter\*innen der Wohnungsbaugesellschaften sowie migrantischen Selbstvertretungen erarbeitet.

**Begründung**

Immer mehr Menschen werden wohnungslos und sind auf Unterstützung angewiesen. Jeden kann es treffen - Wohnungslosigkeit betrifft alle gesellschaftlichen Schichten. Wohnungslosigkeit bedeutet ein Verlust der Grundrechte auf Privatsphäre und Intimität, welche in Deutschland an mietrechtlich gesicherten Wohnraum geknüpft sind. Wohnungslose Menschen sind verschiedenen Formen von Gewalt und Ausgrenzung ausgesetzt. So sterben auf deutschen Straßen jeden Winter Menschen an Erfrierungen. Verschiedene Studien haben belegt, dass das aktuelle Hilfesystem in den allermeisten Fällen nicht dazu beitragen kann, dass Menschen den Weg aus der Wohnungslosigkeit finden (Stichwort Drehtüreffekte). Weiterhin gibt es Menschen, die aufgrund von fehlendem deutschen Pass, rassistischer Diskriminierung oder komplexeren Unterstützungsbedarfen komplett durch dieses System durchfallen. Abhilfe und einen Paradigmenwechsel verspricht nun das Konzept Housing First: Das Beziehen einer Wohnung steht hier nicht am Ende eines Stufensystems, in dem sich Betroffene erst als „wohnfähig“ erweisen müssen. Sondern wird als Grundrecht verstanden, welches die Voraussetzung ist, damit Betroffene ein für sie lebenswerteres Leben (re-

Organisieren können. Housing First setzt auf Selbstermächtigung statt auf Zwang: Ob und welche Art der Unterstützung von professioneller Seite die Nutzer\*innen wahrnehmen, entscheiden sie selbst nach ihren individuellen Bedürfnissen. In den USA entwickelt, erzielte die Etablierung von Housing First in vielen europäischen Städten bereits sehr positive Ergebnisse: 80% -97% der Nutzer\*innen erreichten Wohnstabilität; auch konnte aus ökonomischer Perspektive eine hohe Effizienz der eingesetzten Mittel festgestellt werden und Kosten im Gesundheits- und im Strafsystem eingespart werden. Die Auswertung von Pilotprojekten beweist das Potenzial des Housing First Konzeptes hier in Deutschland: In einem Projekt in Berlin war die Bilanz nach drei Jahren sowohl der Nutzer\*innen als auch der Mitarbeiter\*innen ausgesprochen positiv: Trotz der vielfältigen Notlagen konnte die Lebenssituation der Nutzer\*innen über den Bereich Wohnen hinaus verbessert werden. In Hildesheim leben rund 150 Menschen auf der Straße, rund 500 haben keinen eigenen Wohnsitz. Aufgrund der steigenden Kosten für Miete, Lebensmittel und Energie werden es vermutlich noch mehr werden. Schon jetzt sind die bestehenden Unterstützungsstrukturen ausgelastet; die Geflüchteten aus der Ukraine verschärfen die Situation. Immer wieder berichten Betroffene von Zuständen in den Notunterkünften, die nicht dazu beitragen, dass ein Mensch in eine bessere Lebenssituation (zurück-) finden kann. Und auf dem Wohnungsmarkt ist es praktisch unmöglich eine Wohnung zu bekommen, wenn auf dem Ausweis die Adresse einer Unterkunft für wohnungslose Menschen steht. Auch auf dem Arbeitsmarkt werden Menschen ohne eigenen Wohnsitz diskriminiert. Dementsprechend gibt es Hildesheimer\*innen, die seit Jahren keine Perspektive haben aus dieser prekären Lebenssituation herauszukommen. Als Stadt tragen wir diesen Menschen gegenüber eine Verantwortung. Anstatt erst zu reagieren, wenn die Lage sich weiter verschärft hat, sollten wir jetzt gemeinsam mit allen beteiligten Akteur\*innen Konzepte erarbeiten, die langfristig gegen Wohnungslosigkeit angehen.